

Heimat ohne Eichenlaub

Gefühle achten und Mythen auflösen

Bodo Ramelow

Das Bedürfnis nach Heimat, nach Geborgenheit, Sicherheit und Zuhause-sein, muss nicht an die Ideen völkischen Stumpfsinns gebunden sein. Entfernt man den Mythos von der Heimat und denkt sie stattdessen inklusiv und entlang klarer politischer Aufgaben, die man lösen kann, sofern man es will, kann sie sogar progressives Gewicht entfalten.

Mit schwerem Blick schaut der Offizier zum Horizont. Das Meer schimmert grün und in der dem Frühling eigenen Aufregung. Der Himmel ist grau, es ist kalt und die Gischt peitscht im Wind an den Pier der Mole von Dünkirchen. Commander Bolton spricht es leise vor sich hin, den Mantelkragen hochgeschlagen, sein Blick geht nach Nordwesten: „Man kann sie von hier aus beinahe sehen“. Sein Unteroffizier entgegnet: „Was meinen Sie, Sir?“. Als Antwort folgt ein lakonisches, aber bedeutsames: „Die Heimat“.

Die Szene, die Christopher Nolans Film „Dunkirk“ hier schon im ersten Akt des Filmes von 2017 zeichnet, brennt sich schwer in das Gedächtnis der Zuschauerinnen und Zuschauer ein. Denn die deutsche Übersetzung wiegt schwer – das Wort „Heimat“ –, bei vielen Menschen macht das Herz einen kurzen Hüpf. Im Original wird ganz selbstverständlich von „Home“ gesprochen, im Deutschen also eher „Zuhause“. Aber Heimat, das klingt gewaltiger, tragender – es ist die Formulierung an den Sehnsuchtsort, der im Moment der drohenden militärischen Niederlage des britischen Expeditionskorps gegen die unablässig vorrückenden Deutschen Panzerverbände besonderes Gewicht erhält. Die Übersetzungsentscheidung erscheint also aus dramaturgischer Sicht genau richtig. Man versteht die Bedeutung, die der Begriff hat, wenn der Offizier zur See auf das Meer hinaus schaut, wie schon so viele andere Filmfiguren sehnsuchtsvoll übers Meer geschaut haben, und begreift, wie sehr der Mann sich in die Sicherheit des Landes zurück wünscht, das er erst vor wenigen Monaten Richtung Frankreich verlassen hatte, um es vor den feindlichen Deutschen zu verteidigen. Jetzt trennen ihn und seine knapp 350.000 Männer von der Sicherheit englischer Cottages, Puddings und Pasties nur wenige Kilometer Ärmelkanal. Aber ohne Schiffe, könnte die Heimat genauso gut Kanada sein. Die Hoffnung und Verzweiflung des Commanders wird beinahe physisch greifbar.

Heimat als Ausdruck von Sicherheit – hier erfährt sie ihre verstärkte filmische Bedeutung. Wird beinahe überzeichnet und erhält, sprachlich und historisch, besonders im Deutschen ihr besonderes Gewicht. Jede Nation dieser Erde hat den Begriff der Heimat in der langen Geschichte des Nationalismus als Begründung für Gräueltaten aller Couleur herangezogen. Feinde der Heimat können nämlich nicht nur von außen kommen, sondern eben auch von innen. Darin liegt der Kern des unseligen Pudels in der ganzen Debatte um diesen schwierigen Begriff und warum viele Linke dieser Tage so sehr mit ihm hadern. Der Begriff der Heimat wird von vielen Linken eben deswegen und trotz seiner Bedeutsamkeit, als ein Signalwort der politischen Rechten begriffen. Dabei ist der Begriff im historischen Sinne wahrscheinlich weniger rechts oder links, als ein intrinsisches Element von Herrschaft und seiner propagandistischen Nutzung. Heimat ist ein Mythos und ein Bedürfnis zugleich. In Deutschland aufgrund der schwierigen Geschichte des Landes von besonderer Strahlkraft und besonderer Überhöhung, wie der filmische Verweis im Eingang aufzeigen soll.

In den folgenden Zeilen möchte ich beleuchten, warum der Begriff bis heute so umkämpft ist und bisweilen starke Beißreflexe auslöst, möchte aber auch zeigen, wie ich als linker Politiker, heimatverbundener Mensch und Ministerpräsident eines ostdeutschen Bundeslandes, diesen Widerspruch in meiner täglichen Arbeit versuche aufzuheben.

Der sozialistischen Heimat zum Schutze

Jedem Menschen, der einst hinter dem Eisernen Vorhang beziehungsweise im realexistierenden Sozialismus, wie beispielsweise in der DDR, Polen, Ungarn oder Jugoslawien gelebt hat, wird der aggressive Heimatbegriff der herrschenden Parteien noch aktiv im Gedächtnis geblieben sein. Denn ab 1951 sang jeder Jungpionier zwischen Rostock und Suhl ganz selbstverständlich die Zeilen von Herbert Keller und Hans Naumilkat:

„Unsre Heimat, das sind nicht nur die Städte und Dörfer.

Unsre Heimat sind auch all die Bäume im Wald, unsre Heimat ist das Gras auf der Wiese, das Korn auf dem Feld und die Vögel in der Luft und die Tiere der Erde.

Und die Fische im Fluß sind die Heimat.

Und wir lieben die Heimat, die Schöne.

Und wir schützen sie, weil sie dem Volke gehört, weil sie unserem Volke gehört.“

Und bei den Erwachsenen hieß es nach dem bekannten Lied „Gute Freunde/ Soldaten sind vorbeimarschier“ von Hans Georg Beyer und wieder Hans Naumilkat:

*„(...) Gute Freunde, gute Freunde, gute Freunde in der Volksarmee.
Sie schützen unsre Heimat zu Land, zur Luft und auf der See, juchhei.
Sie schützen unsre Heimat zu Land, zur Luft und auf der See.
(...)“*

Beispiele dieser Art lassen sich unzählige finden. Sie wurden auf Poster gedruckt, auf Spruchbanner und Hauswände gemalt. Man trug sie auf Umzügen, man bekräftigte den Willen zum Erhalt, zur Pflege und zum Schutz der selbigen. Die Intention dahinter war nie schwer zu durchschauen. Nach dem verheerenden zweiten Weltkrieg, Reparationen und wirtschaftlicher Not, sollte die Bevölkerung im neu zu errichtenden Sozialismus auf die gemeinsame Sache eingeschworen werden. Später versuchte man über wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Missstände den verbindenden Schleier der Heimat zu legen. Wer sich nach Freiheit sehnte, wurde zum Verräter der Heimat, zu einem Flüchtling vor der nationalen Verantwortung, die stets die nationale Verantwortung aller war. Aus Liebe zur (sozialistischen) Heimat.

Der positive Bezug zur Heimat, in Deutschland spätestens seit dem 19. Jahrhundert über die Wirren Napoleonischer Besetzung, Freiheitskriege, Restauration und so weiter, stark romantisiert und an die Vorstellungen von „deutschem Boden“ gebunden, konnte für diese Zwecke schnell und unkompliziert eingesetzt werden. Die über lange Zeit gewachsenen Gefühle der Bevölkerung zu ihrem Land, wussten die Machthaber in der Partei ganz natürlich einzusetzen – wahrscheinlich auch, weil sie sie weitestgehend teilten. Emotionen in politisch nutzbare Form zu gießen war schon im großen Bruderstaat der UdSSR zur Staatsräson erhoben worden, als man den Jahrhunderte alten Bezug der Menschen zur patriarchal organisierten Kirche und starkem zaristischen nationalen Oberhaupt unter neue Vorzeichen gesetzt hatte. Wo einst Zar und orthodoxer Patriarch den Menschen die Richtung gewiesen hatten, setzte spätestens Stalin nun sein Konterfei. Intern fand die Begründung für die Tyrannei des starken Mannes aus Georgien häufig ihre Logik darin, dass die Menschen es nicht anders gewohnt seien und den Fixpunkt schlicht brauchen würden. Und so wurde in Russland aus dem Zar der Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, in China wurde aus dem Kaiser nun der große Vorsitzende Mao Zedong – und in der DDR wurde aus dem heiligen Deutschland die sozialistische Heimat.

Der Mythos der Heimat

Die Sozialist*innen der vergangenen Tage, haben also mit dem Heimatbegriff beinahe genauso gearbeitet, wie es die meisten anderen Länder und politischen Entitäten auch getan haben. Sie haben die emotionale Verbundenheit der Menschen mit ihrem Land dafür genutzt, die Reihen zu schließen, die Menschen auf schwere Zeiten oder Aufgaben einzuschwören und gegen Einflüsse von außen und innen zu immunisieren. Der Begriff der Heimat bekam zum Beispiel in Frankreich nach der ersten Revolution sowie in England und den Vereinigten Staaten mehr oder weniger einen Charakter verfassungsbezogenen Republikanismuses, der abseits von Naturromantik eine identitätsstiftende Verbindung zu den demokratischen, staatlichen Institutionen verkörperte und diese praktisch an das mystische nationale Schicksal knüpfte. (Man denke beispielsweise an den nationalen Mythos der US-Verfassung als vielzitiertes Gründungsdokument oder an die englische Magna Carta, die den Beginn des bis heute äußerst lebendigen britischen Parlamentarismus markiert.) Der deutsche Begriff Heimat hingegen war nach und nach durch Bilder von nebelverhangenen Nadelwäldern, stolzen Eichen mit Herbstlaub und blonden Recken geprägt, die in weißes Leinen gehüllt, unter der Glutsonne des Juli die goldenen Ähren mit scharfen Sensen durchmähen. Bilder, die wir heute mit der Blut-und-Boden-Romantik der Nationalsozialisten verbinden, deren Ursprung aber schon bei den frühen Künstlerinnen und Künstlern der deutschen Romantik anklingen. Joseph von Eichendorff, Caspar David Friedrich, Ernst Moritz Arndt und viele weitere kommen in den Sinn.

Die Schwärmerei der Romantik, in Verbindung mit einem stetig gekränkten Gefühl internationaler Benachteiligung, der Wunsch nach nationaler Einheit, gebar Schritt für Schritt eine idealtypische Vorstellung von deutscher Heimat, die immer aggressiver, antiliberaler, menschenfeindlicher und mystischer wurde. Am Ende dieses unheilvollen Prozesses standen der Germanenfetisch, der verschwörungstheoretische Antisemitismus und die scheinbar völlig logische Vorstellung, dass die Deutschen Siedlungsraum im Osten nicht nur bräuchten, sondern als Herrenrasse sogar zu rauben hätten.

Und nach dem verhängnisvollen ersten Weltkrieg, nach Verlust von Gebiet und Menschen, wurde das Wort von der Heimat natürlich nur noch zunehmender zum sagenumwobenen Fluchtpunkt der Sehnsucht. Die Nationalsozialisten griffen es auf und entwarfen das Bild vom stolzen Deutschen Wehrbauern sowie seiner fleißig gebärenden, kopftuchbekränzten Hausfrau, die gemeinsam die blonden Sprösslinge gegen das barbarische – weil undeutsche – jüdisch-bolschewistische Fremde verteidigen und auf heiliger Scholle eine neue Zeit zu errichten hatten. Eine Welt ohne Widersprüche, ohne fremden Einfluss, ohne Verderbtheit, Rausch und mondäne Ablenkungen der Moderne. Einen Ort der Tugend, der Aufrichtigkeit, der Wahrhaftigkeit und Reinheit. So sollte die deutsche Heimat aussehen. Sie

wurde bald zum Aschengrab des Faschismus. Und aus der Niederlage, der dreifachen nationalen Schmach (einmal militärisch, einmal weltanschaulich und einmal moralisch), erwuchs ein neuer Wunsch nach Sicherheit, nach Geborgenheit, nach Schutz für die Felder, die Wälder, die Flüsse und die Orte, die nun unerreichbar hinter Stacheldraht – dabei einstmals Kerne des nationalen Bewusstseins, wie beispielsweise das Sudetenland oder Pommern – auf ewig denen zugeschlagen worden waren, die man schon vor hundert Jahren als die Feinde des deutschen Wesens und seiner Heimat ausgemacht hatte.

Die Heimat entmystifizieren

Diese schwere Last trägt der Begriff bis heute. Wenn man über die Heimat sprechen will, darf man die Verbindungen des Begriffs zu den Verbrechen, die speziell in Deutschland in seinem Namen verübt wurden, nicht leugnen. Das ist es nämlich, was neurechte Neofaschistinnen und -faschisten, wie Björn Höcke und seinesgleichen dieser Tage propagieren. Hinter den oft schwülstig wortgewaltigen Ausführungen des Thüringer Rechtsauslegers findet sich nämlich genau diese verdorbene Heimattümelei, als wäre in ihr nichts Finsteres verborgen, als hätte sie den Menschen zwischen Kiel und Konstanz, zwischen Rhein und Oder nicht bereits unvorstellbares Unheil gebracht.

Wenn man über Heimat sprechen will, muss man ihr die Mystik nehmen. In der Mystik liegt die Basis für all das Leid, das der Begriff den Deutschen (und manch anderen) gebracht hat und deswegen sollte man diesen Zahn versuchen zu ziehen, egal wie tief er im Fleisch der nationalen Sinnlichkeit zu stecken scheint. In Verbindung zu den häufig Erwähnung findenden Wurzeln, die ein Volk haben müsste, um zu bestehen, fragte Jean Améry einst polemisch:

„Nirgendwo steht geschrieben, ein Ort müsste als Ort bleiben, was er von alters her war, muss der Mensch ‚verwurzelt‘ sein? Ist er denn ein Baum?“

Will man also fort von der Vorstellung, dass Heimat eine gefestigte, organische Institution ist, muss man eine greifbare, erfahrbare, alternative Lesung entwickeln, wie Heimat verstanden werden kann, ohne der Mystik der Heimattümelei und der Blut-und-Boden-Ideologie zu verfallen.

Denn zunächst stellt Heimat ein Gefühl dar. Gefühle – so bin ich überzeugt – muss man nicht immer teilen, aber man sollte sie achten. Viele Menschen verbinden mit ihrer Heimat Vorstellungen, die ich mit meiner Sicht auf meine Heimat nicht verbinden kann. Meine Heimat ist vor allem nicht starr. Ich bin in Niedersachsen geboren, in Hessen aufgewachsen, aber meine Heimat, die liegt heute in Thüringen. Und für mich ist diese Heimat bunt und vielfältig, denn ich möchte diesen Ort gerne teilen und weiterentwickeln. An starre Ideen von Wurzeln möch-

te ich mich daher nicht binden, auch wenn solche Vorstellungen vielen Menschen Sicherheit versprechen.

Und in der Sicherheit liegt in meinen Augen ein Hauptbestandteil dessen, was einen greifbaren linken Heimatbegriff ausmacht. Das Ziel der rot-rot-grünen Landesregierung zwischen 2014 bis 2019 war, Heimatpolitik als eine Politik der regionalen Chancengleichheit verstanden zu wissen. Kultur, Natur, Infrastruktur, Familien – all diese und viele weitere Bereiche sind Anknüpfungspunkte für politische Arbeit mit Heimatcharakter. Dazu gehört zum Beispiel eine regionale Ansiedlung von Landesbehörden und dass wir einen ganzheitlichen Ansatz regionaler Entwicklung praktizieren. Dabei stand die Herstellung von Gerechtigkeit für uns stets an vorderster Stelle.

Besonders im Osten Deutschlands, wo die Menschen aufgrund der bruchhaften Erfahrungen der vergangenen 30 Jahre ein ganz besonders starkes Gefühl mit ihrer Heimat verbinden, ist dies für mich bis heute die einzige richtige Herangehensweise. Man muss immer und immer wieder vermitteln, dass die Liebe zur Heimat heißt, auf das Erreichte stolz sein zu dürfen, aber auch, dass wir uns den Herausforderungen unserer Zeit, die von hohen Verrentungen, Fachkräftemangel und nach wie vor von Abwanderung aus dünn besiedelten Landschaften geprägt sind, nicht verschließen, indem wir den Blick nur in eine Verklärung einer vermeintlich rosigen Vergangenheit richten, die so in Wirklichkeit auch nie existiert hat.

Für viele Menschen hat sich nach der Wende der Einzug der Moderne – des Kapitalismus westdeutscher Prägung, wenn man so will – mit großen Verlust Erfahrungen verknüpft. Daraus resultieren Ängste, die mit Abwehrhaltungen verbunden sind. Angst vor dem Neuen, vor dem Fremden, bricht sich leider immer noch häufig die Bahn. Diesen Ängsten muss man aufmerksam begegnen und man muss sie auflösen, in dem man einerseits die soziale Sicherheit und Gerechtigkeit wieder nach vorne stellt, aber auch andererseits sich nicht auf das Spiel derjenigen einlässt, die glauben, unsere Gesellschaft mit ihren Vorstellungen von ethnischer oder gar rassistischer Homogenität wieder in einen wohlfeilen Dornröschenschlaf zurückversetzen zu können. Denn erstens haben wir uns dafür bereits zu weit entwickelt – Thüringen ist nicht mehr das Postkartenabziehbild einer hutzeligen Idylle zwischen Wald und Bauernhof, sondern ein modernes Bundesland, mit Hightech-Industrie und Infrastruktur.

Die Heimat gestalten und die Welt im Blick behalten

Heimatpolitik heißt für mich also gestalten. An einem Land arbeiten, das allen Menschen ungeachtet ihrer Herkunft, Religion, Hautfarbe und sexuellen Orientierung eine Heimat bietet. Dort, wo es heißt Kulturgüter und Landschaften zu bewahren, dort will ich bewahren und beschützen. Und dort, wo es heißt zu erneu-

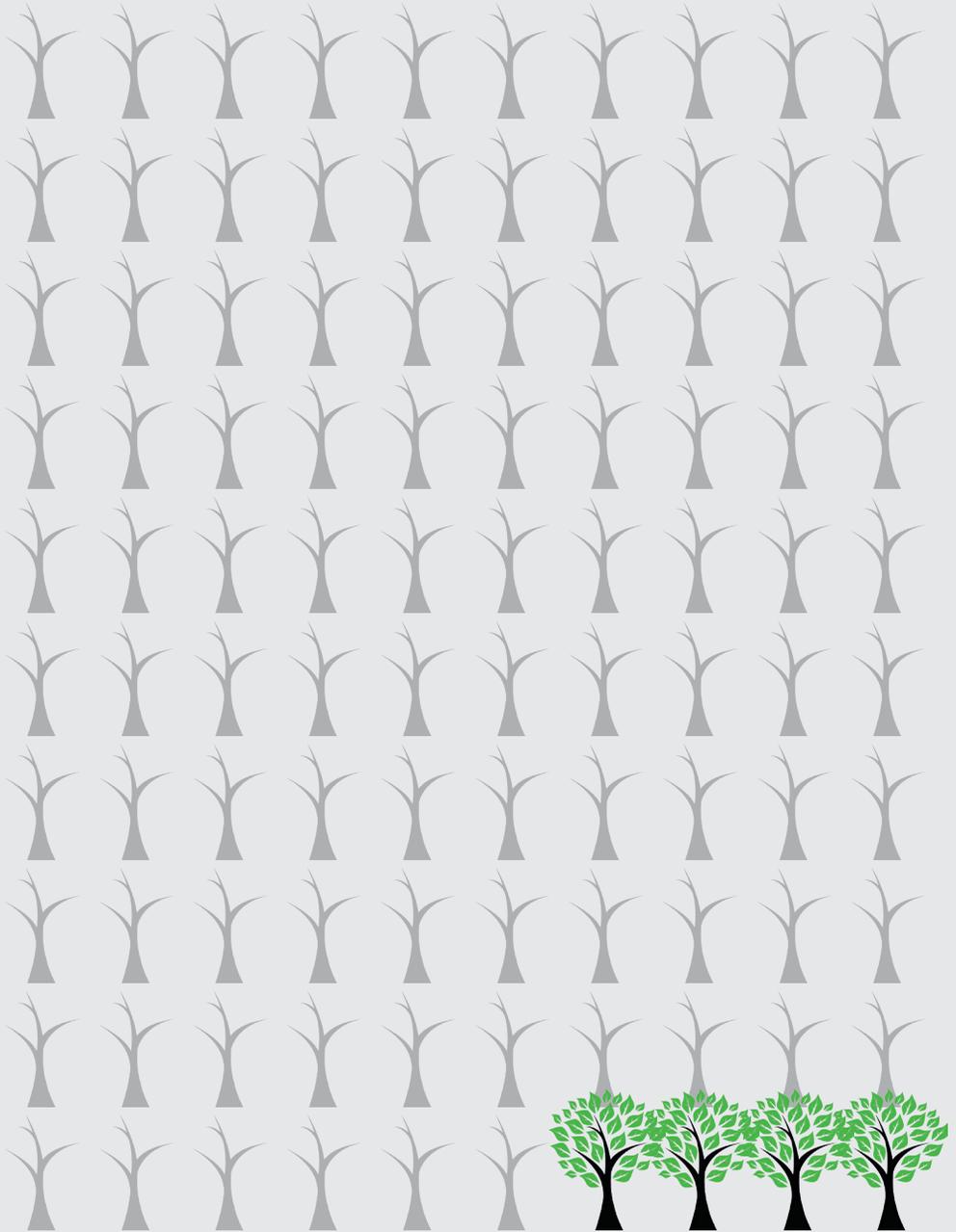
ern, zu modernisieren und in Kooperation mit den Menschen hier und aus anderen Ländern zusammenzuarbeiten, da will ich dies tun. Alle Menschen sollen ihre Heimat genießen können. Dafür braucht es Arbeit, soziale Sicherheit, gute Infrastruktur und eine Garantie für alle Menschen, dass sie an den Angeboten unserer Gesellschaft teilnehmen können. Das ist für mich linke, greifbare Heimatpolitik.

Die Fragen nach der Gestaltung unserer Gesellschaft sind dabei notwendigerweise auch immer Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes, der einen der größten Anteile an linker Heimatpolitik hat. Hier driftet die Argumentation (neu-) rechter Umweltbewegter häufig in eine billige Polemik ab, wenn sie sagen, dass Umweltschutz Heimatschutz sei. Auch hier gilt es erneut, dass man sich auf die Falle nicht einlassen darf. Wenn die Apologet*innen von Rassenkunde und Blut-und-Boden-Ideologie von solchen Sätzen sprechen, quillt der Mythos der deutschen Eiche, von alten Schlössern und edlen Burgfräuleins aus ihnen heraus, den man allenfalls kitschig finden kann – meistens wirkt er eher krude und völkisch. Denn es ist klar was gemeint ist: schützt die Heimat der Deutschen, für Deutsche und durch Deutsche, nur diese haben ein Recht auf sie.

Auf solche Spiele habe ich mich nie eingelassen. Tatsächlich ist meine Sicht auf diesen Zusammenhang sowohl meiner Verbundenheit zu Land und Leuten, als auch meiner Überzeugung geschuldet, dass man globale Prozesse im Blick behalten muss, wenn man lokale Politik gestaltet. Was ich damit sagen will, ist, dass meine Sicht auf Umweltpolitik einerseits natürlich den bewahrenden Charakter des Umweltschutzes beinhaltet. Jeder Mensch und besonders die Generationen die uns folgen, haben das Recht die Schönheit unserer Natur zu erfahren. Dazu muss man in den Kommunen Pläne erarbeiten, muss Ideen und Vorhaben sauber kommunizieren und auch gegensätzliche Ideen gegeneinander abwägen. Nicht immer einfach, was das Beispiel der Windenergie oder von Stromtrassen sehr anschaulich zeigt.

Andererseits muss man die globalen Ereignisse ebenso im Blick behalten. Der Klimawandel ist eine wissenschaftliche und daher auch eine gesellschaftliche Realität, auf die wir reagieren müssen. Das Waldsterben, von dem Thüringen im besonderen Maße betroffen ist, ist nur eines von vielen Beispielen an denen sich zeigt, dass wir eine lokale Verantwortung haben, wenn es darum geht, globale Probleme zu lösen. Alleine schon deshalb, weil wir in viel stärkerem Maße die Möglichkeit dazu haben, als die Menschen in ärmeren Ländern. Es darf uns niemals gleichgültig sein, wie die Waren des täglichen Bedarfs, wie unser Strom und wie unsere Lebensmittel produziert werden. Sich dafür einzusetzen, dass anderswo bessere Verhältnisse eintreten können, hilft auch uns, unserer Umwelt und dem Klima. Eine „me first“ Haltung hilft vielleicht kurzfristig, schadet dafür langfristig aber umso mehr.

Anteil der kranken Buchen in den Wäldern Thüringens



Von 100 Buchen in Thüringens Wäldern sind nur 4 gesund.

Quelle: Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft. Stand: Sommer 2019.

Die Bewahrung unserer Natur und Lebensgrundlagen ist daher am Ende genauso eine Frage von lokalem Interessenausgleich, als auch von globalen Aushandlungsprozessen, in die wir uns hier in Thüringen irgendwie einfinden müssen. Klar ist, dass wir mehr dafür tun müssen, dass unsere Wälder, Seen, Flüsse und Auen bestehen können. Manchmal muss man sie dafür zu Schutzgebieten erklären, wie das grüne Band oder der Hainich. Manchmal muss man aber auch technisch durchgreifen. Zum Beispiel, wenn ich an die zwei Millionen Festmeter Holz denke, die wir aufgrund der Borkenkäferplage aus dem Wald holen müssen. Und wenn dieses Problem gelöst ist, müssen wir Millionen von Bäumen neu pflanzen und zwar mit Blick darauf, dass unsere Wälder klimafest gemacht werden müssen, das heißt mehr gesunden Mischwald statt ewige Fichtenmonokulturen schaffen. So wird Heimatpolitik zur greifbaren Erfahrung.

Heimat ohne Eichenlaub

Wir sollten uns stets gewahr sein, dass die Zeit, wie die Menschen, eben niemals stillgestanden hat. Goethe, Schiller und Bach, die für Thüringen so wichtig sind, weil sie bis heute für gesamtdeutsche Geschichte und Kultur stehen, waren alleamt von weit weg hierhergekommen und fanden in Thüringen eine neue Heimat. Den Vertriebenen aus den ehemaligen Ostgebieten nach 1945 ging es genauso. Ihnen war man vor bald 75 Jahren ebenfalls mit großer Feindseligkeit begegnet, weil sie fremd waren. Wie lächerlich muss diese Haltung heute, im Blick zurück, erscheinen?

Den Heimatbegriff denen zu überlassen, die den Fortschritt nicht wollen, oder ihn nur für diejenigen wünschen, die das Glück hatten, seit unzähligen Generationen hier zu leben, wäre ein Fehler. Das Bedürfnis nach Heimat, nach Geborgenheit, Sicherheit und Zuhause-sein, muss nicht an die Ideen völkischen Stumpfsinns gebunden sein. Entfernt man den Mythos von der Heimat und denkt sie stattdessen inklusiv und entlang klarer politischer Aufgaben, die man lösen kann, sofern man es will, kann sie sogar progressives Gewicht entfalten. Ganz ohne Eichenlaub, Adler, Fahnen und blitzende Säbel.

Wieviel Heimat steckt in der Biene?

Das Volksbegehren und seine Folgen in Bayern

Norbert Schäffer

Insgesamt 1,741 Millionen Menschen und damit über 18,3% der wahlberechtigten Bevölkerung Bayerns haben vom 31. Januar bis 13. Februar 2019 das Volksbegehren Artenvielfalt „Rettet die Bienen“ im Freistaat unterschrieben. Das erfolgreichste Volksbegehren in der Geschichte Bayerns schlug gesellschaftliche, politische und mediale Wellen weit über Bayern hinaus. Offensichtlich hatte die Initiative den Zeitgeist getroffen. Ob nun tatsächlich eine Trendwende im Umgang mit unserer Natur und biologischen Vielfalt stattfindet, muss sich noch zeigen.

Das Jahr 2019 wird in die Geschichte eingehen als das Jahr, in dem der Arten-, Natur- und Klimaschutz eine bis dahin unbekannte Aufmerksamkeit in der breiten Öffentlichkeit, den Medien und der Politik gefunden hat. So haben beispielsweise in Bayern 18,3% der wahlberechtigten Bevölkerung das Volksbegehren Artenvielfalt „Rettet die Bienen“ unterstützt. Doch woher kam diese Bewegung? Warum konnten so viele Menschen aus sehr unterschiedlichen Teilen der Gesellschaft für das Volksbegehren gewonnen werden? Was sind die soziokulturellen Gründe für den Erfolg? Spiegelt das große Interesse an diesem Volksbegehren vielleicht sogar das Bedürfnis *nach* und den möglichen Verlust von Heimatgefühl wider? Es scheint fast, der Begriff „Heimat“ könnte jenseits von politischen und kulturellen Unterschieden verbindend sein, wie die Beantwortung dieser Fragen zeigt.

Wissenschaftler*innen stellen seit Jahrzehnten weltweit, in Europa, in Deutschland wie auch in Bayern einen dramatischen Verlust an biologischer Vielfalt fest. Besonders eklatant ist diese Entwicklung in der Agrarlandschaft. So ist etwa seit 1980 die Anzahl ehemals weit verbreiteter Feldvögel, zu denen wir durch die Arbeit zahlreicher ehrenamtlicher Kartierer*innen über sehr detaillierte Kenntnisse verfügen, in Europa um über die Hälfte zurückgegangen (57%; EBCC 2019). In Deutschland verzeichnen Vogelkundler*innen beim Rebhuhn von 1992 bis 2016 einen Verlust von 89 %, beim Kiebitz von 87% und bei der Feldlerche von über 50% (Gerlach et al. 2019). Diese Entwicklung ist umso bedenklicher, hält man sich vor Augen, dass Vögel oftmals am Ende der Nahrungskette stehen und den Zustand der Natur und der biologischen Vielfalt sehr gut widerspiegeln. Trotz dieser bedenklichen und in Teilen dramatischen Situation, die seit Jahrzehnten bekannt ist und durch unzählige wissenschaftliche Studien zweifelsfrei belegt wurde, erhielt

der Zustand unserer biologischen Vielfalt in der breiten Öffentlichkeit, den Medien und der Politik bis vor Kurzem vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit. Daher war zunächst einmal nicht damit zu rechnen, dass sich an diesem Zustand etwas ändern würde, als im Jahr 2017 eine Gruppe von ehrenamtlichen Entomologen aus Krefeld eine Langzeitstudie vorlegte, in der ein Rückgang von Insekten belegt wurde (Hallmann et al. 2017). Durch die wissenschaftliche Arbeit konnte unter anderem gezeigt werden, dass die Biomasse von Fluginsekten in einem weiten Spektrum von Lebensräumen innerhalb von 27 Jahren um 75% zurückgegangen ist.

Anders als frühere Studien zum Rückgang einer großen Anzahl von Tier- und Pflanzengruppen hat die mittlerweile als „Krefelder Studie“ bekannte Arbeit der ehrenamtlichen Entomologen jedoch ein gigantisches, nahezu weltweites Medieninteresse ausgelöst. Die Begriffe „Insektensterben“ bzw. „Insektenschutz“ gehören mittlerweile zum aktiven Wortschatz eines Großteils der Bevölkerung und haben Eingang gefunden unter anderem in die Koalitionsverträge auf Bundesebene sowie in Bayern. Zunächst wurde durchaus erwartet, dass das mediale Interesse – es gab so gut wie keine Zeitung und keinen Radio- oder Fernsehsender, in dem das Thema Insektensterben nicht irgendwie behandelt wurde – im Laufe der Monate abnehmen würde. Dies war jedoch nicht der Fall. Vielmehr wurde dem Thema Natur- und Artenschutz über mehrere Jahre eine bislang ungekannte Aufmerksamkeit zuteil. Es ist gut möglich, dass die jahrzehntelange Umweltbildung der Naturschutzverbände letztendlich dazu geführt hat, dass sich mehr und mehr Menschen nicht mehr mit der zunehmenden Zerstörung der Natur und der Vernichtung unserer biologischen Vielfalt abfinden und stattdessen mehr Natur- und Artenschutz fordern. In diese Zeit fiel Anfang 2019 auch das Volksbegehren Artenvielfalt „Rettet die Bienen“ in Bayern.

Akteur*innen des Volksbegehrens Artenvielfalt „Rettet die Bienen“

Das Volksbegehren Artenvielfalt „Rettet die Bienen“ in Bayern wurde von der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) Bayerns im Mai 2018, ohne vorherige Absprache mit den Mitgliedern des späteren Trägerkreises, initiiert. Vor allem den rechtlichen Text hat die ÖDP weitgehend ohne Abstimmung mit anderen Akteur*innen erstellt. Zu Beginn der Kampagne hatte die ÖDP aber bereits Menschen und Organisationen für die Unterstützung des Volksbegehrens geworben, vor allem Naturwissenschaftler*innen, verschiedene Imkerorganisationen und Organisationen für Nachhaltigkeit.

Die ÖDP verfügt über einen reichen Erfahrungsschatz bei der Durchführung von Volksbegehren in Bayern. In einer ersten Phase war es zunächst erforderlich, 25.000 Unterschriften zu sammeln, um ein Volksbegehren formal zu beantragen. Diese Hürde hat die ÖDP mit Leichtigkeit genommen, vielmehr wurden fast

100.000 Unterschriften vorgelegt. Nach Genehmigung des Volksbegehrens durch das Bayerische Innenministerium im November 2018 begannen die Arbeiten für die Durchführung des Volksbegehrens selbst. Als Eintragungsfrist, während der für ein erfolgreiches Volksbegehren mindestens 10% der wahlberechtigten Bevölkerung Bayerns in ihrem jeweiligen Rathaus die ausliegenden Formulare unterschreiben müssen, wurde der 31. Januar 2019 bis 13. Februar 2019 festgelegt – nicht unbedingt eine Zeit, in der es leichtfällt, Menschen für Bienen, Schmetterlinge oder Feldlerchen zu begeistern.

Bereits wenige Tage nach Genehmigung des Volksbegehrens schlossen sich ÖDP, Bündnis 90/Die Grünen und Landesbund für Vogelschutz in Bayern e.V. (LBV) zu einem Trägerkreis zusammen, dem später auch die Gregor Louisodor Umweltstiftung (GLUS) beitrug. Bayernweit wurden innerhalb sehr weniger Wochen in Städten und Gemeinden hunderte sogenannter Aktionsbündnisse gegründet. Hierbei handelt es sich um Zusammenschlüsse von Verbänden und Einzelpersonen mit dem Ziel, das Volksbegehren vor Ort voranzutreiben. Neben den oben genannten, im Trägerkreis zusammengeschlossenen Akteu*innen spielte der Bund Naturschutz in Bayern eine gewichtige Rolle. Beeindruckend war nicht nur die Geschwindigkeit, mit der die Vorbereitungen des Volksbegehrens vorangetrieben und Aktionsbündnisse gegründet wurden; unerwartet war der große Rückhalt in der breiten Bevölkerung, von kirchlichen Gruppen und einem breiten Spektrum von Verbänden über Firmen bis hin zu unzähligen Einzelpersonen, von denen sich viele vorher noch niemals im Natur- und Artenschutz engagiert hatten.

Volksbegehren mit überwältigendem Ergebnis

Vom Eintragungsmuster früherer Volksbegehren war bekannt, dass sich am ersten Tag – beim Volksbegehren Artenvielfalt „Rettet die Bienen“ dem 31. Januar 2019 – mindestens 70.000 Bürger*innen in die Listen eintragen müssten, damit die Chance bestand, die Hürde 10% der Wahlberechtigten Bevölkerung Bayerns, und damit knapp eine Million Unterschriften, zu erreichen – unterschrieben haben am ersten Tag rund 170.000 Bürger*innen! Der Zulauf in die Rathäuser in Gemeinden und Städten war aber nicht nur am ersten Tag gewaltig. Der aus früheren Volksbegehren erwartete Rückgang in den Folgetagen fand nur zum Teil statt. Regelrecht legendär waren, trotz der winterlichen Wetterbedingungen, die Schlangen auf dem Marienplatz vor dem Münchner Rathaus, aufgezeichnet von über dem Marienplatz installierten Webcams. Allabendlich wurde von zahlreichen Rathäusern die Anzahl geleisteter Unterschriften an das Koordinierungsbüro des Volksbegehrens gemeldet. Während einer Pressekonferenz am 11. Februar 2019 gab der Trägerkreis bekannt, dass sich die Anzahl der bestätigten Unterschriften einer Million näherte. Wie in allen vorhergehenden Volksbegehren erwartete der Trägerkreis eine sehr

hohe Anzahl von Unterschriften am vorletzten und vor allem am letzten Tag der Eintragsfrist, die bis zum 13. Februar 2019 dauerte. Auch das Wetter war für diesen Zeitraum vielversprechend. Gegen Mittag des vorletzten Eintragungstages haben dann Journalist*innen mehrerer Zeitungen beim LBV nachgefragt, ob die auf der Internetseite des Trägerkreises aufgelisteten Eintragungszahlen der einzelnen Städte und Gemeinden, auch wenn die Liste nicht vollständig war, der Wahrheit entsprächen. Durch die Bestätigung wurde praktisch bekanntgegeben, dass die Hürde einer Millionen Unterschriften genommen war. Die Nachricht verbreitete sich wie ein Lauffeuer – und führte dazu, dass die Schlangen vor den Rathäusern schlagartig verschwanden. Es wurde schon vor Ablauf der Eintragsfrist deutlich, dass das Volksbegehren Artenvielfalt „Rettet die Bienen“ zum erfolgreichsten Volksbegehren in der Geschichte Bayerns werden würde.

Medienhype

Die Reaktion in den Medien war zu Beginn der Kampagne bis etwa Mitte Januar 2019 eher verhalten. Ab diesem Zeitpunkt aber rückte das Thema „Rettet die Bienen“ ins Zentrum der öffentlichen Diskussion und wurde in nahezu jeder Zeitung und jedem Rundfunk- und Fernsehsender wiederholt aufgegriffen. Über unseren Pressedienst erfuhren wir während der Eintragsfrist täglich von über 400 Artikeln in bayerischen Zeitungen. Zum Ende der Eintragsfrist, als klar war, dass das Volksbegehren Artenvielfalt „Rettet die Bienen“ ein spektakulärer Erfolg werden würde, interessierten sich zunehmend auch außerbayerische Medien für unser Volksbegehren. Der Trägerkreis erhielt unzählige Anfragen aus anderen Bundesländern, aber auch aus dem europäischen Ausland sowie von außerhalb Europas bis nach Australien, Japan und die USA. Immer wieder wurde die Frage gestellt: „What is going on in Bavaria?“ Die Antwort ist ganz einfach: es ist gelungen zu zeigen, dass sehr viele Menschen die Zerstörung der Natur und den Rückgang der biologischen Vielfalt nicht mehr einfach hinnehmen und stattdessen mehr Natur- und Artenschutz fordern.

Politik überrascht mit „Gesamtpaket“

Durchaus interessant war auch die Reaktion der bayerischen Politik. Zunächst wurde das Volksbegehren ignoriert, wohl um diesem nicht noch mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen. Als sich dann ein großes öffentliches Interesse abzeichnete, hieß es aus der bayerischen Staatskanzlei, man wolle das Ergebnis zunächst abwarten und dann darauf reagieren. Die Welle der Unterstützung baute sich immer weiter auf und bereits wenige Tage später wechselte der bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder den Kurs und meldete große Skepsis an. Schließlich

lud er, noch während der Einschreibungsfrist, zu einem sehr zeitnah anberaumten Runden Tisch ein. Die bayerische Staatsregierung hatte im Prinzip zwei Optionen: Entweder (1) den Text des Volksbegehrens ohne Änderungen ins bayerische Naturschutzgesetz zu übernehmen oder (2) einen Volksentscheid über den Textvorschlag zu riskieren und gegebenenfalls einen eigenen Alternativtext vorzulegen. Die Entscheidung der Staatsregierung fiel auf Option (1). Nach intensiven Diskussionen am oben genannten Runden Tisch, einer großen Fachveranstaltung sowie zahlreichen Arbeitsgruppensitzungen, in denen die einzelnen Gesetzespassagen diskutiert und spezifiziert wurden, schlug die bayerische Staatsregierung dem bayerischen Landtag vor, den Text des Volksbegehrens in das bayerische Naturschutzgesetz zu übernehmen. Zu unserer Überraschung wurden von der Staatsregierung darüber hinaus ein Begleitgesetz und ein separater Maßnahmenkatalog vorgelegt, welche über die Gesetzesänderungen aus dem Volksbegehren sogar noch hinausgingen. Ministerpräsident Söder bezeichnete das Gesamtpaket in seiner Rede anlässlich der ersten Lesung am 8. Mai 2019 als „grundsätzliche Weichenstellung“. Er sagte: „Bayern wird damit am Ende Modell und Trendsetter in Deutschland, Vorbild und Maßstab für andere sein.“ Anschließend führte er aus: „Wir legen – davon bin ich überzeugt – ein in Deutschland einmaliges Gesamtpaket für Artenschutz und Landwirtschaft vor und werden damit nicht nur einen kleinen und wichtigen Teil des Volksbegehrens umsetzen, sondern für unsere Bürger*innen, für die Landwirt*innen, vor allem aber für Natur- und Artenschutz auch eine völlig neue Dimension erreichen. Ich sage Ihnen eines: Das sind wir den kommenden Generationen auch schuldig“ (Protokoll Plenum, 16. Sitzung Bayerischer Landtag, 8. Mai 2019).

Wie verhielt sich die extreme Rechte?

Die AfD meldete sich erst am vorletzten Eintragungstag des Volksbegehrens zu Wort. Der Landtagsabgeordnete Bergmüller warnte eindringlich vor der „willkürlichen Zerstörung von Existenzen“ und stützte sich dabei auf Argumente des Bauernverbandspräsidenten Heidl. In den parlamentarischen Debatten zum Volksbegehren und dem von der Staatsregierung vorgelegten Begleitgesetz fokussierte sich die AfD auf die These, dass sowohl das Volksbegehren (Verletzung von Eigentumsrechten) als auch das Begleitgesetz (der Landtag könne das Volksbegehren nur unverändert annehmen oder einen eigenen Entwurf für einen Volksentscheid vorlegen) verfassungswidrig sei. Im November 2019 reichte die AfD tatsächlich Klage gegen Volksbegehren und Begleitgesetz beim Bayerischen Verfassungsgericht ein.

Vertane Chance der Landwirtschaft

Obwohl Teile der Landwirtschaft, insbesondere die Bio-Anbauverbände und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, das Volksbegehren durchaus unterstützten, fiel die Reaktion eines Großteils der konventionellen Landwirtschaft anders aus. Zunächst wurde auch hier das Volksbegehren ignoriert, dann versuchte man die Ziele anzugreifen und als weltfremd darzustellen und schließlich wollte man durch Druck auf die Politik die Annahme des Volksbegehrensgesetzes verhindern. Immer wieder wurde auch von der Landwirtschaft besonders nahestehenden Politiker*innen behauptet, der Trägerkreis des Volksbegehrens würde Hetze gegen Landwirt*innen betreiben – ohne dass hierfür Belege vorgelegt wurden. Politiker*innen, wie der damalige Europaabgeordnete Albert Deß, sprachen den Unterstützer*innen sogar jegliche Sachkenntnis ab, behaupteten, diese hätten das Volksbegehren nicht gelesen und nicht verstanden und bezeichneten das Volksbegehren immer wieder als „Volksverdummungsbegehren“. Hierdurch wurden Gräben in der Gesellschaft aufgerissen. Statt anzuerkennen, dass durch die gegenwärtige Agrarpolitik Probleme hinsichtlich Verlust der biologischen Vielfalt, Landschaftszerstörung oder Nitratbelastung von Grundwasser entstehen, die Zeichen der Zeit zu erkennen und das Volksbegehren zu nutzen, um die Bevölkerung als Verbraucher*innen in die Pflicht zu nehmen, übernahmen viele Landwirt*innen eine Opferrolle und beklagten sich, dass die Bevölkerung die Landwirtschaft nicht wertschätze. Hierdurch wurde eine große Chance vertan.

Massenphänomen oder Partialinteresse?

Die Anzahl der Unterzeichner*innen des Volksbegehrens Artenvielfalt ist unbestritten beeindruckend. Dennoch versuchten einzelne Gegner*innen den Erfolg kleinzureden, indem – in einer absurden Logik – vorgerechnet wurde: „Wenn 18,3% der Wahlberechtigten das Volksbegehren unterstützt haben, heißt das auch, dass 81,7% dagegen waren.“ Der LBV hat diese Behauptung dennoch zum Anlass genommen, durch eine Emnid Umfrage klären zu lassen, wie viele Menschen in Bayern hinter den wichtigsten Forderungen des Volksbegehrens, wie beispielsweise der Anlage von mehr Blühflächen, stehen. In Gemeinden zwischen 5.000 und 20.000 Einwohnern gaben über 90% der Befragten an, die Forderungen des Volksbegehrens zu unterstützen. Auch im ländlichen Bereich lag die Zustimmung bei knapp 70% und somit kaum weniger, als in der Stadt München (73%).

Neben den absoluten Zahlen war natürlich auch die Verteilung der Unterstützung innerhalb von Bayern interessant. Immer wieder wurde behauptet, dieses Volksbegehren würde nur von der städtischen Bevölkerung insbesondere im Großraum München unterstützt, wogegen „auf dem flachen Land“, also dort, wo die Auswirkungen des Volksbegehrens deutlicher zu spüren sind, wenig Begeiste-

rung herrsche. Hier sei darauf hingewiesen, dass die Unterstützung in den Ballungsgebieten tatsächlich höher war als in ländlichen Regionen. Gleichzeitig zeigt eine Analyse aber auch, dass in allen 71 bayerischen Landkreisen und in allen 25 kreisfreien Städten Bayerns die Hürde von 10% der wahlberechtigten Bevölkerung genommen wurde.

Immer wieder wurde von Gegner*innen des Volksbegehrens behauptet, Unterzeichner*innen würden zwar unterschreiben, sich aber selbst nicht konsequent verhalten. Viele Menschen würden die hauptsächlich an die Landwirtschaft gerichteten Forderungen für einen besseren Schutz der biologischen Vielfalt befürworten, während dieselben Menschen ihrer eigenen Verantwortung nicht gerecht würden. Als Beleg wurden Steinschüttungen und Mähroboter in Privatgärten oder die relativ geringe Nachfrage nach Bioprodukten genannt. Es ist durch nichts belegt, dass diese Behauptung zutrifft. Richtig ist aber sicherlich, dass sich viele Forderungen im Volksbegehren Artenvielfalt auf landwirtschaftliche Flächen und damit auf Landwirte beziehen und nicht etwa auf kommunale, private oder kirchliche Bereiche. Der Trägerkreis des Volksbegehrens hat immer wieder darauf hingewiesen, dass fast auf der Hälfte der Fläche Bayerns Landwirtschaft betrieben wird und dass auch genau hier die Brennpunkte des Artenschutzes liegen. Da sich ein Volksbegehren, um rechtlich durchsetzbar zu sein, auf relativ wenige Aspekte konzentrieren muss, war es schlüssig und richtig, den Fokus Landwirtschaft zu wählen.

Welche Rolle spielte der Begriff „Heimat“?

Im Einleitungstext zum Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens heißt es: „Jede verlorene Art und jeder gestörte Lebensraum ist nicht nur ein Verlust an Stabilität des natürlichen Lebensgefüges, sondern auch ein Verlust an Schönheit der bayerischen Heimat und eine Beeinträchtigung der Lebensqualität der Menschen.“ Auf dem Werbeflyer für das Volksbegehren wird an einer Stelle geworben: „Wir machen mobil für die Bewahrung unserer Heimat und Artenvielfalt.“ In den sehr zahlreichen Pressemitteilungen des Trägerkreises taucht der Begriff Heimat jedoch nicht auf. Das Hauptnarrativ der Kampagne war: Wir erleben zurzeit ein dramatisches Artensterben. Dies gefährdet unsere Lebensgrundlagen, u.a. die Bestäubung von Nutzpflanzen. Jeder kann mit seiner Unterschrift beim Volksbegehren einen Beitrag zur Erhaltung der Artenvielfalt leisten. Ein weiterer Kommunikationsstrang war, dass mit dem Volksbegehren die Artenvielfalt und die bäuerliche Landwirtschaft gerettet wird. Die bäuerliche Landwirtschaft wiederum wird von vielen Menschen in Bayern mit Heimat assoziiert.

Sicherlich haben sehr viele Bürger*innen den Verlust der Artenvielfalt mit dem Verlust an landschaftlicher Schönheit in ihrer unmittelbaren Umgebung und damit an Heimatqualität verbunden. In kirchlichen Kreisen fand eine intensive Aus-

einandersetzung mit dem Volksbegehren und dem Auftrag der Kirche zur Bewahrung der Schöpfung statt, und einzelne prominente Vertreter*innen unterstützten das Volksbegehren mit offiziellen Verlautbarungen. In seiner Erklärung zum Volksbegehren verweist etwa der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick auf einen Abschnitt der Enzyklika „Laudato si“ von Papst Franziskus, der sich dem Verlust der biologischen Vielfalt widmet. Damit zerstöre der Mensch seine Zukunft. Der Papst spreche explizit vom Schutz der Pilze, Algen, Würmer, Insekten oder Reptilien. „Aber auch die Bienen sind in Gefahr, die für die biologische Vielfalt und die Bewahrung der Schöpfung von großer Bedeutung sind“, fügt Bischof Schick hinzu. „Deshalb ist die Rettung der Bienen eine wichtige Forderung und Aufgabe. In diesem Sinne unterstütze ich das Volksbegehren.“

Neues Bewusstsein über Natur vor der Haustüre

Das Interesse der Bevölkerung an den Themen Arten-, Natur-, Umwelt- und Klimaschutz war noch nie so groß wie heute. Dies gilt gerade auch für den Bereich biologische Vielfalt. Noch nie haben beispielsweise so viele Menschen an den Vogelstimmengewandlungen des LBV teilgenommen wie in Zeiten des Volksbegehrens. Artenvielfalt – das ist für mehr und mehr Menschen auch ein lokales und regionales Thema und nicht beschränkt auf tropische Regenwälder oder Korallenriffe.

Die zentralen gesellschaftlichen Fragen hinsichtlich des Volksbegehrens Artenvielfalt lauten: Hat tatsächlich ein grundlegendes, dauerhaftes Umdenken in der Bevölkerung in Sachen Natur- und Artenschutz stattgefunden, wird dies zu Verhaltensänderungen führen und erreichen wir hierdurch eine Trendumkehr beim derzeit nach wie vor beobachtbaren Verlust der biologischen Vielfalt? Das durch das Volksbegehren Artenvielfalt durchgesetzte neue Naturschutzgesetz in Verbindung mit dem gleichzeitig verabschiedeten Begleitgesetz und dem zusätzlichen Maßnahmenkatalog ist als Grundlage unbestritten geeignet, den Rückgang der biologischen Vielfalt in Bayern aufzuhalten und vielleicht einen Teil von dem, was wir bereits verloren haben, zurückzubringen. Voraussetzung hierfür ist eine ausreichende Finanzierung und konsequente Umsetzung dieses Pakets.

Mindestens ebenso wichtig ist aber die Unterstützung zumindest eines wesentlichen Teils der Bevölkerung. Während der Volksbegehrenskampagne haben sehr viele Menschen, in vielerlei Form, ihre Begeisterung für Bienen, Schmetterlinge, Blumen etc. und diesbezüglich vielleicht sogar einem anderen Blick auf die eigene Heimat zum Ausdruck gebracht. Über Artenvielfalt oder biologische Vielfalt zu sprechen, war nicht mehr nur Expert*innen vorbehalten. Menschen mit Bienenansteckern, manche sogar in Bienenkostümen, gehörten über Monate zum ganz normalen Stadtbild. Dies war durchaus als öffentliches Bekenntnis zu mehr Artenschutz zu werten. Selbstverständlich war allen Menschen bewusst, dass es beim

Volksbegehren Artenvielfalt „Rettet die Bienen“ nicht „nur“ um die Honigbiene ging. Die anfängliche Leichtigkeit im Umgang mit Symbolen für und Forderungen nach mehr Arten- und Naturschutz ist im Laufe der Kampagne – durch den vehementen Widerstand von Teilen der Landwirtschaft – einer konflikträchtigen Auseinandersetzung gewichen.

Es war nun nicht zu erwarten, dass alle Menschen unmittelbar ihre Gartengestaltung oder ihr Konsumverhalten ändern, aber die Menschen – zumindest in Bayern – waren noch niemals so empfänglich für diese Themen.

Im Verlauf des Jahres 2019 war ein etwas anderer Umgang mit Natur vor der eigenen Haustüre augenscheinlich: beispielsweise wurden in Hausgärten Blühbeete angelegt, „Margariten-Inseln“ beim Mähen des Rasens ausgespart oder öffentliche Flächen seltener gemäht oder insgesamt naturfreundlicher gestaltet. Selbstverständlich hat das neue „Natur- und Artenschutzbewusstsein“ der Bevölkerung auch dazu geführt, dass bei vielen Hecken, die – auch im Sinne des Natur- und Artenschutzes – auf den Stock gesetzt wurden, sofort Klagen bei den lokalen Behörden eingingen. Landwirte berichteten davon, dass sich Menschen darüber beschwerten, wenn Wiesen gemäht oder Pestizide ausgebracht wurden. All dies zeigt zwei Dinge:

1. Die Menschen interessieren sich für ihre unmittelbare Umgebung, sie beobachten intensiv und aufmerksam und melden, wenn sie vermeintliche Verstöße feststellen.
2. Es besteht ein erheblicher Informationsbedarf, dem gerade die Natur- und Artenschutzverbände wie der LBV gerecht werden müssen, um den Menschen zu einer realistischen Einschätzung der Situation unserer Tier- und Pflanzenarten und deren Lebensräume unmittelbar vor ihrer Haustüre zu verhelfen.

Sicherlich ist es nach wie vor einfacher, auf die Fehler anderer hinzuweisen, als das eigene Verhalten zu ändern. Dennoch, es ist unbedingt begrüßenswert, dass mehr und mehr Menschen der Zustand der Natur unmittelbar vor ihrer Haustüre nicht gleichgültig ist. Hierin liegt eine große Chance für den Schutz unserer Natur. Das große mediale, politische und öffentliche Interesse am Arten-, Natur- und Klimaschutz verschwand buchstäblich über Nacht durch das Aufziehen der Corona-Krise ab Anfang März 2020. Ob Umweltthemen wieder dauerhaft in den Hintergrund rücken und entsprechende Ziele vielleicht sogar geopfert werden, um die Wirtschaft „nach Corona“ zu unterstützen, wie dies hinsichtlich der Klimaziele bereits einige Politiker*innen fordern, wird sich zeigen. Fest steht, der Rückgang unserer biologischen Vielfalt und der Klimawandel haben durch die Corona-Krise nicht aufgehört zu existieren.

Literatur

- EBCC European Bird Census Council* (2019): Common farmland birds indicator, EU, single European species habitat classification, 1980-2017. Prag: Czech Society for Ornithology.
- Gerlach, B. et al.* (2019): Vögel in Deutschland – Übersichten zur Bestandssituation. Münster: DDA, BfN, LAG VSW.
- Hallmann, C. A. et al.* (2017): More than 75 percent decline over 27 years in total flying insect biomass in protected areas. Saskatchewan: San Francisco: PLOS ONE.